

Ein Notruf der deutschen Zeitungen.

(Weimar, 22. Febr.) Die heute hier tagende allgemeine deutsche Zeitungsverlegerversammlung hat nach eingehender Aussprache über die schwere wirtschaftliche Krise, in der sich die deutsche Presse befindet, einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die deutschen Zeitungen stehen vor einer Katastrophe. Die völlige Unsicherheit der Papierbelieferung, die ungeheuren Preissteigerungen des Druckpapiers, aller Materialien und Maschinen, der Böhm und Gehälter, die Unmöglichkeit, einen auch nur annähernden Ausgleich der bereits bis zur Bruchgrenze drückenden Belastung der Zeitungen zu erreichen, hat heute in Weimar die Herausgeber der deutschen Zeitungen aus allen Teilen des Reichs zusammengeführt. Die Aussprache ergab, daß eine ganze Anzahl deutscher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, nur noch durch Notkredite bisher vor dem Zusammenbruch bewahrt wurden, und daß ohne eine Sicherstellung des Zeitungsdruckpapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitpunkt abzusehen ist, an dem die überwältigende Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihre Erscheinung einstellen muß.“

Die Reichsregierung ist sich anscheinend der Wirkungen einer solchen Katastrophe noch gar nicht voll bewußt. Es handelt sich um die Existenz einer Einrichtung, ohne deren Fortbestehen und Aufrechterhaltung Wirtschaft und Ordnung in Deutschland den aller schwersten Gefahren ausgesetzt werden und der Wiederaufbau unmöglich wird. Verschwindet die Zeitung mit ihrer wirtschaftlichen Vermittlung, mit ihrem Einfluß auf das In- und Ausland, verschwindet ihre Aufklärungsarbeit, ihre Ermutigung in Deutschlands schwerster Zeit, dann tritt das Gerücht, dann treten die Flugblätter aller zerschredenden Kräfte von drinnen und draußen an ihre Stelle.

Die deutschen Zeitungen wollen keine Liebesgabe für sich, sondern sie vielmehr ab; aber sie haben das wohlverworbene Recht, im öffentlichen Interesse zu verlangen, daß die Existenzgrundlage der Zeitungen sichergestellt wird vor der sie vernichtenden Wirtschaft, die durch die grenzenlosen Spekulationen und Schiebungen auf dem Holzmarkt den hauptsächlichsten Rohstoff für Zeitungspapier so verteuert, daß Papier für die übergroße Mehrheit der deutschen Zeitungen unerschwinglich wird. Voran ändert es nichts, wenn einzelne Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Mehrzahl der Zeitungen und die bewährte Struktur der deutschen Presse aus besonderen Gründen Papier zu jedem Preis zu erlangen suchen. Es geht hier nicht um Privatinteressen einzelner Verleger, sondern um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse und die Freiheit und die Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung.

In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und die Nationalversammlung, im allgemeinen Interesse das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge von Papierholz zu mäßigen Preisen, und dadurch des Zeitungsdruckpapiers.

Verhüllt dieser Notruf ungehört, zögern die Regierungen, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.“

Zur äußeren Lage.

Friedensschlüsse mit Sowjetrußland.

Wie wir kürzlich in einem Leitartikel ausführten, ist es dem bolschewistischen Rußland zurzeit sehr um einen Frieden mit den übrigen Mächten zu tun. Die Bemühungen der russischen Kommunisten um Wirtschaftsbeziehungen nicht nur zu Deutschland, sondern zu allen Mächten, sind auffallend. Die Entente-mächte scheinen sich zunächst noch durchaus ablehnend zu verhalten, wie aus den folgenden Meldungen hervorgeht:

(Amsterdam, 23. Febr.) Lenin erklärte in einer Besprechung einem Vertreter der „New York World“, die Bolschewisten seien bereit, Frieden unter so billigen Bedingungen zu schließen, daß selbst die imperialistischen Kapitalisten nichts dagegen einwenden könnten. Lenin sagte noch, daß die Sowjetregierung nicht in Gefahr sei, durch militärische Machtmittel unterworfen zu werden. Die Vorschläge der Alliierten betr. den Handel mit Rußland sehe er nicht als aufrichtig an; er halte sie vielmehr für einen politischen Schachzug.

(London, 23. Febr.) Eine Denkschrift, begleitet von Dokumenten als Belege, die die Anerkennung der Sowjets befürwortet und den Friedensschluß mit der bolschewistischen Regierung verlangt, wurde an den Premierminister gerichtet. Diese Denkschrift ist unterzeichnet vom Chef der britischen Mission bei der nordwest-

russischen Regierung, General Gough und anderen Beamten, die sich in amtlicher Eigenschaft in Rußland befunden haben.

(Paris, 23. Febr.) Laut „Newport Herald“ hätten England, Japan und Italien beschlossen, die Sowjetregierung anzuerkennen. Diese Nachricht ist, wie die Agentur Havas meldet, ungenau. Die betreffenden Regierungen sind sich einig, daß eine Anerkennung der Sowjetregierung nicht möglich ist. Namentlich Japan befindet sich unter den Staaten, die bezüglich der Vorlage wegen der Anknüpfung von Handelsbeziehungen, die von der Räteregierung nicht durchaus unabhängig sind, ausdrücklich Vorbehalte machen.

(London, 23. Febr.) Aus Riga wird gemeldet: Man nimmt an, daß Lettland mit den Bolschewisten einen Sonderfrieden abschließen wird.

(Helsingfors, 23. Febr.) Man meldet amtlich, daß die finnische Regierung mit Genehmigung den Gang der Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten verfolgen und daß sie im Einvernehmen mit den Staaten, die an der Helsingforser Konferenz vertreten waren, vor allem mit Polen, vorgeht. Finnland hat keine Vorschläge seitens der Sowjetregierung erhalten.

(Kopenhagen, 24. Febr.) „Berl. Tidende“ meldet aus Kopenhagen: Vorgestern vormittag trafen in Kopenhagen zwei bolschewistische Missionen ein. Die eine hat die Aufgabe, die Durchführung des Friedensvertrags mit Estland zu überwachen. Die Ankunft der zweiten Mission steht mit der Aufhebung der Blockade gegen Rußland in Zusammenhang. Sie vertritt die korporativen Genossenschaften und soll versuchen, mit den ausländischen Handelskreisen in Verbindung zu treten. Beide Missionen stehen mit Moskau in direkter drahtloser Verbindung. In nächster Zeit wird sich auch eine estnische Abordnung nach Moskau begeben, um dort die Durchführung des Friedensvertrages zu überwachen.

Zur Verurteilung der „Kriegsverbrecher“ vor dem Reichsgericht.

(Berlin, 23. Febr.) Wie verschiedene Abendblätter aus Leipzig melden, hat der Vorsitzende des Deutschen Anwaltsvereins im Einvernehmen mit der Anwaltskammer beim Reichsgericht eine Geschäftsstelle eingerichtet, um die Verteidigung derjenigen Persönlichkeiten vorzubereiten und zu unterstützen, die gemäß der Forderung der Entente vor dem Reichsgericht zur Verantwortung gezogen werden.

(Amsterdam, 23. Febr.) Laut „Nieuwe Courant“ berichtet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß am Freitag von den Vertretern der Alliierten in Paris über die Frage der Kriegsverbrechen beschlossen wurde, daß England, Frankreich und Belgien zunächst die Aburteilung von je fünf „Unstreitigen Verbrechen“ von Deutschland fordern würden. Das gesamte Beweismaterial würde dem deutschen Gerichte vorgelegt werden, vor dem auch eine große Anzahl Zeugen aus den alliierten Ländern erscheinen soll. Sollte Deutschland bei dieser „Probe auf seinen ehrlichen Willen“ versagen, so würden die Alliierten Zwangsmaßnahmen anwenden.

(Paris, 23. Febr.) Die Kommission, die sich mit der Nachprüfung der Auslieferungsliste beschäftigt, hat ihre Sitzungen unterbrochen, da Lord Birkenhead nach London gereist ist.

Verwahrung gegen die Auslieferung.

(Freiburg, 23. Febr.) General der Artillerie a. D. v. Gallwitz, früherer Armeekorpsbefehlshaber, erhebt Verwahrung gegen die in der Auslieferungsliste mit Bezug auf seine Person erhobenen Beschuldigungen. Als Ehrenbürger der Stadt Freiburg weist er die Beschuldigungen, aufgrund deren er viermal auf der Auslieferungsliste steht, zurück. Er habe weder mit Deportationen noch Verwüstungen, noch mit Diebstahl etwas zu tun gehabt. Die Einrichtung eines umzäunten Raumes für französische Gefangene in Montmedy-le-Haut sei von höherer Stelle angeordnet worden, als Repressalie für die schlechte Behandlung unserer Kriegsgefangenen durch französische Kommandanten. Der Raum sei aber nur wenig benutzt worden.

Die Herren in den besetzten Gebieten.

(Berlin, 24. Febr.) Drei merkwürdige Fälle von französischer Rechtsprechung im besetzten Gebiet werden von verschiedenen Morgenblättern ernstlich gerügt. U. a. wurde in Wiesbaden ein Schaffner der Straßenbahn, der einen französischen Offizier aufsaufordert hatte, während des Rangierens des Wagens diesen zu verlassen, wegen Mißachtung der französischen Autorität mit acht Tagen und in der Befragungsinanz mit 14 Tagen Gefängnis bestraft.

(Berlin, 24. Febr.) Aus dem annectierten Westpreußen berichtet das Mitglied der Nationalversammlung, Räte Schirmacher,

im „Berl. Lokalanz.“ über polnische Uebergriffe gegen Personen und Eigentum.

Von der Wiedergutmachungskommission.

(Paris, 23. Febr.) Jonnart, der frühere Präsident der Wiedergutmachungskommission, erklärte in einer Unterredung, die Kommission habe sich noch niemals mit der Besetzungsdauer der Rheinlande beschäftigt. Das sei Aufgabe der Regierung. Die Wiedergutmachungskommission könne wohl Bestimmungen ausarbeiten, aber nicht ausführen lassen. Sie werde sich vorerst mit der Lieferung von Kohle und Vieh, der Bezahlung der 20 Milliarden in Gold und anderen wichtigen Fragen beschäftigen.

Die Volksabstimmung in Schleswig.

(Berlin, 23. Febr.) Der „N. Courant“ bestreitet, daß bei der Volksabstimmung in der ersten nordschleswigischen Zone alle Garantien für einen ehrlichen Ausgang und fairen Resultat der Abstimmung gegeben waren, da die bei aller Integrität doch sicherlich parteiische Entente-Kommission die Macht in den Händen hatte. Bei anderer Abstimmungsmethode nach Gemeinden wären die großen Städte mit ihrer kompakten deutschen Majorität noch zum Teil innerhalb des deutschen Gebietes geblieben. Bei späteren ähnlichen Fällen, z. B. der Abstimmung in Oberschlesien, in Preußen und über 15 Jahre im Saargebiet, müsse nach diesen Erfahrungen das Prinzip des Referendums mit mehr Präzision und in völliger Ehrlichkeit angewandt werden.

Prinz Ludwig Windisch-Graetz — ungarischer Gesandter in Berlin?

Wie der ABC-Korrespondenz aus Budapest gemeldet wird, ist von Seiten der ungarischen Regierung bei der deutschen Regierung angefragt worden, ob die Ernennung des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz zum Gesandten in Berlin genehmigbar wäre. — (Prinz Windisch-Graetz hat bekanntlich den Kaiser Karl bei seiner Reise aus Ungarn nach der Schweiz begleitet.)

Die Zukunft von Konstantinopel.

(Rotterdam, 22. Febr.) Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ schreibt: Im Unterhaus haben sich in der Frage der Zukunft Konstantinopels zwei Parteien gebildet. Am Freitag haben 23 Abgeordnete ihre Kollegen in einem Rundschreiben aufgefordert, nachstehendes Schreiben an den Premierminister zu unterzeichnen: „Wir wünschen Ihre Aufmerksamkeit auf das Versprechen zu lenken, welches Sie am 5. Januar 1918 gegeben haben, daß wir nicht gekämpft haben, um die Türkei ihrer Hauptstadt oder der reichen Länder in Kleinasien und Thrazien zu berauben, die der Rasse nach überwiegend türkisch sind.“ Wir glauben, daß jedes Abweichen von dieser Verpflichtung verhängnisvolle Folgen für die Stimmung unter den Muslimen in Indien haben würde.“

(Amsterdam, 22. Febr.) Wie die englischen Blätter melden, ist der Bischof von Indien von dem Befehl der Alliierten, daß der Sultan in Konstantinopel bleiben soll, amtlich verständigt worden. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, um diese Tatsache in ganz Indien bekannt zu geben.

Auflösung der Sobranje.

(Sofia, 23. Febr.) (Savas.) Die Sobranje ist am 20. Februar aufgelöst worden. Die Regierung schritt zu dieser Maßnahme infolge der Schwierigkeiten, die die sozialistischen und kommunistischen Gruppen bereiteten, deren Mitgliederzahl in der Sobranje nicht mehr der Meinung des Landes entspricht. Ueberdies erfordert die Kriegsgefangenenfrage und die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichtes eine neue Befragung der Wähler.

Die Leistungen der Schweiz für die Kriegsgefangenen.

Die schweizerische Postverwaltung gibt bekannt, daß seit dem Monat September 1914 bis Ende Dezember 1919 an Kriegsgefangenenleistungen: 561 727 692 Briefpostgegenstände und 93 954 538 Pakete entgegengenommen und weitergeleitet wurden. Von der Schweiz wurden überdies an Kriegsgefangene in Deutschland und Oesterreich 6 611 196 Brotsendungen im Gewicht von 12 581 015 Kilogramm abgeliefert, wobei die umfangreichen, ohne Mitwirkung der Post, mit der Bahn beförderten Eisenbahnleistungen nicht mitgezählt sind. An Postanweisungen für Kriegsgefangene wurden im ganzen 10 651 828 Stück im Betrag von 156 446 714,04 Fr. empfangen, umgerechnet und weitergeleitet.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betreff: Vornahme einer Viehzählung am 1. März 1920.
Für die zufolge der Bundesratsverordnungen vom 30. Januar 1917 (RGBl. S. 81) und v. 8. Mai 1918 (RGBl. S. 387) sowie der Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministers vom 13. Oktober 1919 (RGBl. S. 1795) und vom 14. Januar 1920 (RGBl. S. 49) am 1. März 1920 vorzunehmende Viehzählung ist folgendes bestimmt worden:

§ 1. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Geflügel (Gänse, Enten, Hühner).

§ 2. 1. Die Durchführung der Viehzählung liegt den Gemeindebehörden ob. Die Aufnahme der Viehbestände erfolgt wie bisher durch Zähler mittels Ortslisten in der Weise, daß die Zähler am Zähltag die Stückzahl des Viehs nach den in der Ortsliste unterchiedenen Gattungen und Altersklassen sowie unter Beachtung der auf der Ortsliste abgedruckten Bestimmungen von Haus zu Haus (Stall zu Stall) erfragen und in die Ortsliste eintragen.

2. Dabei ist unbedingt notwendig, daß der Zähler die Richtigkeit des durch Beiragung des Viehbesizers ermittelten Viehbestandes so gut als möglich durch persönlichen Augenschein, beim Geflügel auch durch Vergleichung mit dem bei der Zählung vom 1. März 1919 ermittelten Bestand nachprüft. Der Ortsvorsteher hat die Zähler auf die Notwendigkeit dieser Nachprüfung besonders hinzuweisen und ihnen zum Zweck der Vergleichung der neuen Geflügelbestände mit denen vom 1. März 1919 die Ortsliste der Viehzählung vom 1. März 1919 auszuhändigen. Ergibt sich beim Geflügel gegenüber der vorjährigen Märzählung ein auffallend geringerer Bestand, so hat der Zähler den Geflügelbesitzer über den Grund der Abweichung zu hören und dessen Angabe in der Ortsliste zu vermerken.

3. Als Zähler sind nur zuverlässige und möglichst ortsunabhängige Personen zu bestellen.

4. In Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern können denjenigen Viehbesizern, die der Gemeindebehörde bekannt sind, besondere, von der Gemeinde auszugehende Zählfragebogen mit der Post unter der Auflage der Rücksendung an eine bestimmte Stelle zugesandt werden. Solche Viehbesitzer sind mit ihrem Viehbestand gleichfalls in die Ortsliste aufzunehmen.

5. Der Ortsvorsteher hat die ausgefüllten Ortslisten, soweit

möglich, auf ihre Vollständigkeit und auf die Richtigkeit der einzelnen Einträge zu prüfen, die nachträgliche Ergänzung oder Berichtigung etwaiger unvollständiger, ungenauer oder unrichtiger Einträge zu veranlassen und die erfolgte Prüfung zu bescheinigen. Hinsichtlich des Geflügelbestandes ist von dem Ortsvorsteher, je nachdem Anlaß zum Zweifel an der Richtigkeit des Ergebnisses der Aufnahme vorhanden ist (vgl. oben Abs. 2) eine Nachprüfung durch eine von dem Gemeinderat zu bestellende Kommission von 3 Mitgliedern, von denen eines dem Kreise der Verbraucher zu entnehmen ist, vorzunehmen zu lassen; auf Grund des Befundes bei dieser Nachprüfung, über welchen von der Kommission ein kurzer Bericht zu erstatten ist, sind die Einträge in der Ortsliste zu berichtigen.

§ 3. Von den Ortsvorstehern ist vor der Zählung in ortsunabhängiger Weise bekannt zu geben, daß am 1. März 1920 eine Zählung der Pferde, des Rindviehs, der Schafe, der Schweine, der Ziegen sowie der Gänse, der Enten und der Hühner stattfindet. Die Ortsvorsteher haben in dieser Bekanntmachung jedermann, der solche Tiere besitzt, unter Hinweis auf die Strafbestimmungen (§ 4 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917) aufzufordern, die in seinem Besitz befindlichen Tiere dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, oder in dem Zählfragebogen, der ihm zugesandt wird, genau anzugeben, und wenn bis zum Ablauf des Zählungstages weder ein Zähler gekommen, noch ein Zählfragebogen zugesandt worden ist, die Tiere innerhalb drei Tagen nach dem Ablauf des Zählungstages dem Ortsvorsteher oder der von dem letzteren bestimmten Stelle anzuzeigen.

§ 4. Die Ortsliste ist von dem Ortsvorsteher unter Beachtung der ihr aufgedruckten Bestimmungen abguschließen und spätestens am 2. März 1920 an das Oberamt einzusenden.

§ 5. Die durch die Zählung den Gemeinden erwachsenden Kosten sind von der Gemeindekasse zu tragen.

Die für die Zählung erforderlichen Vordrucke (Titel- und Einlagebogen) zur Ortsliste werden den Gemeinden von dem Oberamt zugestellt.

Sobald die Ortslistenvordrucke nicht spätestens am 25. Februar 1920 den Gemeinden zugeworfen sind, ist unverzüglich an das Oberamt Anzeige zu erstatten.

Die Gemeindebehörden haben vorliegende Verfügung des Ernährungsministeriums in ortsunabhängiger Weise bekannt zu machen und für pünktliche und genaue Durchführung der Zählung

gaben pro Jahr 1914 auf 2550 Francs, heute auf 5550 Fr., es ist also ein Mehraufwand von 3000 Fr. (= 120 Proz.) notwendig.

Deutschland.

Erzberger-Helferlich.

In der gestrigen Verhandlung des Erzberger-Prozesses wurde der Fall Hapag verhandelt. Helferlich behauptete, Erzberger habe unsere Handelsflotte ausgeliefert und dann nach Festsetzung der Entschädigungen an die Schiffahrtsgesellschaften in Hapag-Aktien spekuliert. Nach einigen Zeugenvernehmungen kam der Fall über die Ausstellung von Einfuhrbewilligungen zur Verhandlung. Dabei wurde die Öffentlichkeit bis zum Schluß der Sitzung ausgeschlossen.

Die Auswanderung nach Kolumbien.

* Berlin, 24. Febr. Der „B. V. A.“ meldet: Einer Mitteilung des Nachrichtenblattes des Reichswanderungsamtes zufolge hat sich in Bogota (der Hauptstadt von Kolumbien) ein Deutsches Kolumbianisches Einwanderungskomitee für die Republik Kolumbien gebildet.

Eine entdeckte Schieberorganisation.

* Berlin, 24. Febr. Laut „Berl. Boten.“ wurde eine Schieberorganisation in Ludenwalde entdeckt, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutet hatte. Ueber 50 Beteiligte wurden allein in Ludenwalde verhaftet. Große Mengen Metall konnten den bestohlenen Firmen und Reichsstellen wieder zugeführt werden. Auch Verkäufer mehrerer Berliner Firmen sind in die Angelegenheit verwickelt.

Erste ostdeutsche Textilmustermesse.

(WZV.) Königsberg i. Pr., 23. Febr. Die vom Textilwareneinkaufsverband Nordost veranstaltete erste ostdeutsche Textilmustermesse ist am Sonntag mittag im großen Saale der Stadthalle durch den Oberbürgermeister eröffnet worden.

Zur Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich.

(WZV.) Karlsruhe, 23. Febr. Ueber den Vertragsentwurf zwecks Uebergang der Eisenbahn an das Reich wurde in den Verhandlungen in Berlin Ende letzter Woche in allen Punkten einschließlich der Entschädigungsfrage Einigung erzielt. — Dem Landtag wird wohl Mitte dieser Woche der Vertragsentwurf zugehen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. Februar 1920.

Berufung in den Ruhestand.

Nach einem außerordentlich erfolgreichen und langjährigen Wirken an der hiesigen Volks- und Mittelschule ist Hauptlehrerin Fräulein Kath. F. I. G. in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Ihre ganze Lehrtätigkeit hat sie unseren Schulen gewidmet und man wird im ganzen Lande nur wenige Lehrerinnen finden, die so viele Jahre hindurch und mit so großem Eifer an ein und derselben Schule gearbeitet haben. Man kann sagen, ein volles Menschenalter hindurch war sie hier tätig und ist vom jüngsten Mitglied des Lehrerkollegiums allmählich zu dem ältesten, aber noch sehr gesunden und rüstigen aufgerückt. Neben ihrem eigentlichen Beruf als Lehrerin war sie bis zur Neuorganisation des Arbeitsunterrichts als Lehrerin des Handarbeitsunterrichts tätig. Hunderte von Mädchen hat sie das Stricken und Nähen gelehrt und in diesem Unterricht nach dem allgemeinen Urteil Hervorragendes geleistet, da sie auf größte Pünktlichkeit und Sauberkeit hielt. Ihre Wirksamkeit an der Schule war von großem Erfolg begleitet. Sie selbst nahm es überaus ernst mit ihrem Beruf und stellte deshalb auch große Anforderungen an die Schülerinnen. Mit großem Fleiß verband sie eine treffliche Lehrgabe und ein liebevolles Eingehen auf die Eigenheiten der Schülerinnen. In ihrer Klasse herrschte eine musterhafte Ordnung und eine peinliche Pünktlichkeit. Sie wußte mit Liebe und Strenge zu regieren und stets war sie auf erzieherische und kenntnisreiche Ein-

wirkung zu tragen. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft wird, wer vorsätzlich die Anzeige nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unzuverlässige Angaben macht, sowie daß Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil es für den Staat verfallen erklärt werden kann. Calw, den 19. Februar 1920. Oberamt: G. S.

Verfügung der Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über Beschränkung des Rindvieh- und Geflügelhandels zur Sicherstellung der Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen Ablieferung von Tieren an Frankreich und Belgien.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrags vom 2. Dezember 1919 (RGBl. S. 1938) wird mit sofortiger Wirkung verfügt:

§ 1. 1. Jeder Handel mit Rind- und Zuchtindvieh, sowie mit Schafen und Ziegen, und zwar der Handel von Viehhalter zu Viehhalter und der gewerbliche Handel wird bis auf weiteres verboten. Ausnahmen kann in besonders dringenden Fällen für Rindvieh das Oberamt, für Schafe und Ziegen die Fleischverorgungsstelle gewähren.

2. Ueber die Dauer des Aufkaufs des an Belgien abzuliefernden Geflügels wird ferner der gewerbliche Handel mit Hühnern und Hähnern verboten. Ausnahmen kann in besonderen Fällen das Oberamt gestatten.

Ueber die Dauer des Aufkaufs ist auch jede Ausfuhr von Hühnern und Hähnern verboten. Ausnahmen kann in besonderen Fällen die Fleischverorgungsstelle zulassen.

§ 2. Alle Aufkaufschneide für Händler werden für ungültig erklärt. Die mit dem Aufkauf der abzuliefernden Tiere betrauten Personen werden mit besonderen Ausweisen der Fleischverorgungsstelle versehen.

§ 3. Das Scheren der Schafe ist bis auf weiteres verboten. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Oberamts zulässig.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1 und 3 werden mit den in § 16 der Verfügung der Fleischverorgungsstelle über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrags vom 16. Januar 1920 (Staatsanzeiger Nr. 13) vorgesehenen Geld- und Gefängnisstrafen bestraft.

Stuttgart, den 17. Februar 1920. Springer.

Frankreichs Absichten auf den Rhein.

(WZV.) Bern, 23. Febr. Wie der „Eund“ nach der „Financial Times“ berichtet, meldet der englische Handelssekretär in Paris die bevorstehende Gründung einer franco-deutschen Bank in Köln. Die Bank soll über ein Kapital von 20 Millionen Mark verfügen und den französischen Handel in den Rheinländern fördern.

Chinesische Anleihe.

(WZV.) Amsterdam, 23. Febr. Wie „Allg. Handelsblad“ aus London meldet, nehmen die New Yorker Verhandlungen über eine Anleihe an China in Höhe von fünf Millionen Pfund Sterling einen befriedigenden Verlauf. Der englische Anteil wird in Amerika, der französische in Japan ausgegeben werden. Der Zinsfuß der Anleihe beträgt voraussichtlich 8 Prozent.

Bermischtes.

Gedenket der lungenkranken Stadtkinder!

Eine Fürorgeschwester, die in einer größeren Stadt unseres Landes als Gehilfin des Stadtarztes arbeitet, richtet folgenden Aufruf an unsere Landsleute: „Könnte ich Euch nur mal eine Woche hier haben, damit ihr einen Blick in die düsteren Verhältnisse unserer Gassen und engen Wohnungen werfen könntet! Kein Sonnenstrahl, oft kaum ein Fenster! Feucht und im Dunkel hocken meine armen lungenkranken Pflöckchen in ihren Stuben. Ist es da zu verwundern, wenn die Tuberkulose weiter verschleppt und zur Volksseuche wird? Die Widerstandskraft sollte gestärkt werden, um den Kampf gegen die heimtückischen Krankheitskeime aufnehmen zu können; aber es fehlt an der regelmäßigen kräftigen Ernährung. Ihr Landsleute helft unseren Kranken und Kindern in der Stadt! Sie können nicht zu Euch kommen und um teures Geld eine Gabe erbitten; sie bekommen nur von dem, was in die Stadt geliefert wird, ihre kleine Ration. Teilet Euer Gut mit uns und gebt heraus, was immer nur möglich ist!“

Ein neues Verkehrsmittel.

In Berlin sollen in den nächsten Tagen 30 Dreiradautomobile probeweise in den Verkehr gestellt werden. Es soll die Brauchbarkeit der Wagen zunächst erprobt werden. Die Kosten für eine Fahrt kommen um 25 Prozent billiger als bei vierrädrigen Kraftwagen.

Ein Erwerbslosen-Ball.

Es dürfte noch nie dagewesen sein, daß sich ein „Erwerbslosenrat“ im größten und feinsten Saal einer Stadt (gemeint Regensburg) einen Ball mit Eintrittsgeld von 5 M. bzw. 3 M. veranstaltet hat, um angeblich den Reinertrag den Erwerbslosen zu sichern. Die Anzeige lautete: „Zu dem am Freitag den 13. Februar, abends 7 Uhr, im Neuen Hause stattfindenden Ball zugunsten der Erwerbslosen der Stadt Regensburg werden die titl. Einwohnerschaft, sowie die Gewerkschaften und Parteien freundlichst eingeladen usw. (Kein Weingewinn.) Der Erwerbslosenrat.“

Unsere Fronvögte.

Die Mitglieder der Ueberwachungskommissionen der Entente erheben, Blättermeldungen zufolge, folgende Monatsbezüge: ein Soldat 3000 M., ein Leutnant 12 000 M., ein Hauptmann 15 000 M., ein Major 20 000 M. Alles pro Monat. Die französische Militärmission in Berlin zählt allein 110 Köpfe. Es ist eine Schmach, daß wir unsere Fronvögte auch noch mit solch unsinnigen Summen bezahlen müssen.

Leurung auch in der Schweiz.

Der Pensionspreis in den Berner Hotels beträgt 25 Franken für eine Person. Die wichtigsten Haushaltsgegenstände (Milch, Butter, Fleisch, Fett) sind seit 1914 etwa um 110—120 Prozent gestiegen. Für eine fünfköpfige Familie berechnen sich die notwendigen Aus-

wirkung bedacht. Sie hatte eine besondere Liebe zu ihrem Beruf und konnte nicht ohne Tätigkeit sein weshalb sie auch so viele Jahre aushielt, umso mehr, da sie sich stets einer guten Gesundheit erfreute. An ihrem Standpunkt hielt sie unbedingt fest und sie konnte manchmal mit großer Entschiedenheit auftreten. Sie kann nun mit größter Befriedigung auf ihre Lehrtätigkeit zurückblicken, da sie ihre Aufgaben jederzeit zur vollsten Zufriedenheit der Vorgesetzten und Eltern erfüllte. Bei ihrem Rücktritt vom leibgedwordenen Amte hat es ihr deshalb auch an Ehrungen aller Art nicht gefehlt. Der beschulrat hat ihr bei ihrer Berufung in den Ruhestand die kostbarste Anerkennung für ihre langjährigen und treuen Dienste ausgesprochen und ihr einen angenehmen Lebensabend gewünscht, das Lehrerkollegium hat ihr hochgeschätztes Mitglied mit einer prächtigen Widertitel erfreut und die Stadtgemeinde ließ ihr unter dem Ausdruck des warmsten Dankes für ihre treue und reichseligete Tätigkeit in der Stadt ein Diplom mit einem namhaften Geschenk überreichen. Nach einem so opfervollen und überaus arbeitsreichen Wirken, wünschen wir der hochverdienten Lehrerin von Herzen gewiß auch im Sinne aller ihrer Schülerinnen und der dankbaren Einwohnerschaft noch einen langen, schönen und ungetrübten Lebensabend im Ruhestand.

Die Nationalversammlung und der Mittelstand.

Für den vierten Abend in ihrem Vortragszyklus hatte die Deutsche demokratische Partei gestern ein Mitglied der Nationalversammlung, den Syndikus Hermann aus Reutlingen, gewonnen. Der Redner sprach vor einem zahlreichen erschienenen Zuhörerkreis über das Thema „Die Nationalversammlung und der Mittelstand“. Als einen der wichtigsten Gegebenheiten bezeichnete er die neue Reichsverfassung, in welcher der Grund zu einer tatkräftigen Mittelstandspolitik gelegt sei. Kurz berührte der Redner zunächst einiges Allgemeine. Nach der Revolution hätten viele Männer und Frauen geglaubt, daß es nur der Nationalversammlung bedürfe, um aus allem Elend heraus zu kommen und alles gut zu machen. Diese erlebten naturgemäß eine große Enttäuschung, denn um die ungeheure Wirkung dieses Krieges wieder gut zu machen, bedarf es nicht Monate, sondern Jahre. Es ist klar, daß man nicht in wenigen Monaten das wiederaufbauen kann, was Jahre hindurch zerstört worden ist. Wir stehen hier erst am Anfang einer Entwicklung, eines furchtbaren Leidensweges. Eine der ersten Aufgaben der Nationalversammlung mußte nun die Ausgestaltung der Form einer neuen Verfassung sein. Die Verfassung, die wir nunmehr besitzen, ist, auch vom Standpunkt des Mittelstandes betrachtet, wohl wert, daß sich jeder mehr damit beschäftigt, als dies bisher der Fall war. Denn aus ihr erwächst für jeden Einzelnen die Pflicht, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Demokratie ist in erster Linie Pflichterfüllung gegenüber dem Staat und der Gesamtheit. Das deutsche Volk hat vor dem Krieg nur allzu leichtfertig die Gestaltung seines Staatsgeschickes einer kleinen Gruppe überlassen. Dies war ja so bequem. Im Gegensatz zu den großen Demokratien wie England und Amerika hat man sich in Deutschland in den Gedanken hineingelegt, daß die Obrigkeit alles weise für uns besorgt. Aber wir müssen aus der Vergangenheit die Lehren ziehen. Freilich, wenn eine Demokratie nicht getragen ist von demokratischem Pflichtgefühl, dann kann sie sich zu einer furchtbaren Gefahr auswachsen. Bis wir geschult sind, bedarf es noch einer langen Periode. Der Furcht des alten Systems liegt ja gerade darin, daß es nicht den Versuch gemacht hat, dafür zu sorgen, daß jeder Einzelne sich als ein Stück des Staates und verantwortlich fühlt für die Geschicke seines Landes. Lebendig wird die Demokratie erst, wenn die Menschen selbst ihr Geschick in die Hand nehmen und tatkräftig an dem Schicksal des Staates mitwirken.

Der Redner ging dann auf sein besonderes Thema über. Er führte aus, daß die Weimarer Verfassung, weil sie sich an

große
ber G
also d
Gefügl
auf de
und V
wucher
stimmu
dieser
gegebe
zur
ein
Stell
In et
Pflicht
Der
reinen
haben.
betrad
gleich
Untere
und d
Dadur
postitt
stern
Ziele
Refer
Wir n
r at k
Wirtsh
komme
jumen
w i r t
Rechte
aus G
dak w
im M
Sehr f
zentra
liner
Bei d
Wirtsh
komme
eine G
dem M
müßig
Der
Juchte
S o z
wendig
haben,
Privat
Sozial
grauer
schafst
tiger
munft
und j
Nietan
stiffen
Grab
Einzel
andere
Demof
sch a f
Wieder
Eigen
len di
Unterg
wir ei
Nur w
Nuch
Gedank

Bei d
verfamm
ste
Der
Derfelbe
werden
„Dab

essen, daß mit bis zu 10 000 nicht erstatter Angaben macht, worden ist, werden kann. amt: G. S.

temberg und und Geflügel im Friedenss Frankreich

irtschaftsmini- Erfüllung des (1938) wird

ndlich, sowie von Viehhalter bis auf wei- bringen den nd Ziegen die

gien abzulle- Handel mit in beson-

Ausfuhr von un in beson-

für ungültig Tiere betrau- Fleischver-

eres verboten. onts zulässig. gen der SS 1 er Fleischver-

zur Erfüllung laatsanzeiger bestraft. Springer.

ihrem Beruf so viele Jahre nicht erfreute.

konnte manch- un mit größter ihre Aufgaben und Eltern erate hat es ihr

er beschulrat lechafte An- ausgedröckn das Lehrertol- thigen Bilder-

dem Ausdruck e Tätigkeit in auf überreichen.

Witten, winer- nisch auch im inwohnerschaft end im Ruhe-

ittellstand. us hatte die tied der Na- s Reutlingen, erschienenen ver sam m- der wichtig- chsverfassung,

landspolitik niges Allge- und Frauen bedürfe, um

alles gut zu Enttäufchung, s wieder gut ihre. Es ist

ederaufbauen Wir stehen

furchtbaren Nationalver-

einer neuen mehr besitzen, achtet, wohl

dies bisher Einzelnen die mitzuarbeiten. egenüber dem

hat vor dem nes Staats-

war ja so en wie Eng-

den Gedan- uns besorgt.

ehren ziehen. ft von demo-

er furchtbaren darf es noch

tems liegt ja hat, dafür zu

Staates und nes Landes.

Denken selbst dem Schicksal

Thema über. eil sie sich an

große geschichtliche Vorbilder anlehne, durch die Bestimmung der Grundrechte und Grundpflichten des Menschen befaßt sei, also durch eine Menge Dinge, die eigentlich einer besonderen Gesetzgebung vorbehalten sein sollten. Der Referent kam dann auf den Artikel 163 der Verfassung zu sprechen, welcher sagt, daß der selbständige Mittelstand in der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ausfugung und Bewucherung zu sichern sei. Daß in der Verfassung diese Bestimmung geregelt wurde, sei von großer Bedeutung. Durch diesen Artikel sei aber auch ein Ansporn für den Mittelstand gegeben, dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetzesbestimmung zur Ausführung komme. Der ganze Mittelstand bilde heute eine so große Macht, daß er in ganz anderem Maße seine Stellung ausüben kann, wenn er sich auf sich selbst besinnt. In einer Demokratie, wie wir sie heute haben, ist es auch die Pflicht des Mittelstandes, sich zu organisieren.

Der Redner ging dann auf die vergiftende Wirkung der reinen Parteipolitik ein, wie wir sie früher getrieben haben. Die Demokratie habe es stets als ihre große Aufgabe betrachtet, die Gegensätze auf einer mittleren Linie auszugleichen. Für die großen Fragen der Politik setze früher das Interesse, weil man sich um wirtschaftliche Vorteile herumdrückt und die Wirtschaftspolitik mit der Parteipolitik verwechselt. Dadurch wurde eine Unwahrscheinlichkeit in unsere frühere Parteipolitik getragen. Solche Kämpfe dürfen nicht mehr der Leitster unserer Politik sein; wir müssen vielmehr die großen Ziele vor Augen haben. Eingehend beschäftigte sich nun der Referent mit unserer künftigen wirtschaftlichen Organisation. Wir werden in Württemberg einen Landeswirtschaftsrat bekommen, der über die wichtigsten Fragen der heimischen Wirtschaft zu beraten hat und eine dreifache Gliederung bekommen wird, nämlich in Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Konsumentengruppen. Er wird untergeordnet sein dem Reichswirtschaftsrat, dem die Verfassung ungemein wichtige Rechte einräumt. So hat er vor allem auch das Recht, von sich aus Gesetzesentwürfe vorzulegen. Es wird darauf ankommen, daß wirklich führende Köpfe in diesen Rat kommen, die nichts im Auge haben als die Förderung der deutschen Wirtschaft. Sehr scharf wandte sich der Referent gegen eine etwaige Hyperzentralisierung des Reichswirtschaftsrats, der zu keiner Berliner Stelle werden dürfe, wie wir es während des Krieges bei ähnlichen Einrichtungen erlebt haben. Die verschiedenen Wirtschaftsarten und -gebiete müßten darin zum Ausdruck kommen. Der Reichswirtschaftsrat bilde den Grundstein für eine Entwicklung, die wirklich segensreich werden könne. Auch dem Mittelstand müsse darin seine Stellung zukommen; es müsse freilich noch darum gekämpft werden.

Der Redner behandelte nun verschiedene Gesetzesentwürfe und suchte ihre Vorteile für den Mittelstand darzutun. So sei das Sozialisierungsgesetz in mancher Hinsicht eine Notwendigkeit, denn in einem so armen Lande, wie wir es jetzt haben, dürfe es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß sich Privatmonopole herausbilden. Niemals jedoch dürfe die Sozialisierung zum Experimentieren werden, lediglich aus schauerlicher Theorie und aus einer falschen Beurteilung des Wirtschaftslebens heraus. Die wirtschaftliche Entwicklung ist mächtiger als alle künstlichen Wege. Die Sozialisierung oder Kommanifizierung des Handwerks wäre ein sehr gefährlicher Versuch und jetzt sei nicht die Zeit, solche Experimente anzustellen. Niemand könne den Beweis erbringen, daß durch Kommunifizierung eines Wirtschaftsbetriebs auch tatsächlich ein höherer Grad der Wirtschaft erreicht wird. Die Verantwortlichkeit des Einzelnen müsse erhalten bleiben; denn sie sei doch etwas ganz anderes als eine Kollektiv-Verantwortlichkeit. Die deutsche Demokratie stehe durchaus auf dem Boden, daß Eigenwirtschaft und nicht Gemeinwirtschaft es ermöglichen wird, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu vollziehen. Die Eigenwirtschaft allerdings, die eigensüchtigen Zwecken und Zielen dient, die nicht das Gesamtwohl im Auge hat, sei zum Untergang verurteilt. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir einen großen Teil unserer Arbeit für die Gesamtheit leisten. Nur wenn das Ganze gedeiht, kann auch der Einzelne gedeihen. Auch das Handwerk und der Mittelstand muß sich auf diesen Gedanken einstellen.

Der Redner beschäftigte sich u. a. noch mit der bevorstehenden Regelung der Arbeitszeit. Den Achtstundentag dürfe man nicht schematisch auf das Handwerk anwenden, obwohl er zweifellos an sich einen Fortschritt bedeute. — Zur Wiedergewinnung unserer Wirtschaft gehöre auch die Neuordnung unserer Finanzen. In diesem Zusammenhang verbreitete sich der Redner über verschiedene Steuerentwürfe, wobei er die Tätigkeit seiner Freunde bei der Ausgestaltung dieser Gesetze hervorhob. Besonders bei dem Reichsnotopfer und dem Erbschaftssteuergesetz sei den Interessen des Mittelstandes Rechnung getragen worden. Durch die Steuerentwürfe sei eine große kapitalistische Entwicklung, wie wir sie z. B. in Amerika haben, unmöglich gemacht worden. Wir wollen kein Deutschland haben, in dem die Macht sich in wenigen Händen zusammenballt.

Zum Schluss warnte der Redner davor, sich über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegzutäuschen. Mit größter Sorge müssen wir in die Zukunft schauen. Da wir einer schweren Zeit entgegengehen, hat vor allem auch der Mittelstand nötig, klar zu erkennen und richtig zu handeln. Wenn wir weiter kommen wollen, so ist die Solidarität aller Deutschen nötig. Im neuen Deutschland sei die Ausgleichung der sozialen Gegensätze mehr als je notwendig. Die neue Zeit werde viel mehr eine Zeit der kleinen als der großen Leute werden. In die Höhe kommen wir nur dann wieder, wenn die Einsicht um sich greift, daß es im gemeinsamen Unglück nur eines gibt, nämlich zusammenhalten und Arbeit zu leisten nicht für den Eigennutz, sondern für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Der Leiter des Abends, Landtagsabg. Staudenmeyer, dankte dem Redner für seine überzeugenden und überzeugungsvollen Ausführungen.

Etwas vom Steuerzahlen.

Man schreibt uns: Das Steuerzahlen ist keine angenehme Sache. Dies umso mehr, wenn man weiß, daß bei manchem alles bis zum letzten Pfennig, z. B. bei den Gehaltsempfängern, zur Steuer herangezogen worden ist. Angehörige anderer Erwerbsgruppen kommen freilich besser weg. Von diesen sind viele in der annehmen Lage, sagen zu können, daß das scharfe Heranziehen zur Steuer vor ihnen halt gemacht hat. Es sind dies meistens solche, die mit gutem Spürsinn in der richtigen Annahme, daß die Einkünftekommission mit ihnen milde verfahren werde, es herausgefunden haben, daß es besser ist, eine Einkommensteuererklärung nicht abzugeben mit der Begründung, man sei mangels von Aufschrieben nicht in der Lage, sein Einkommen anzugeben und wünsche deshalb, eingeschätzt zu werden. In diesem Verfahren haben bisher schon viele, und insbesondere solche, die etwas steuerscheu angehaucht sind, ihr Heil gesucht und gefunden. Wenn nun hiedurch das an sich vorher schon mißliebige Geschäft des Steuerzahlens manchem noch mehr vergällt worden ist, so darf dies — abgesehen davon, daß jeder Steuerpflichtige verlangen kann und muß, daß die Veranlagung gerecht vorgenommen wird, doch kein Grund dafür sein, die Steuer nicht rechtzeitig zu entrichten. Denn noch viel unangenehmer ist es, wenn man zu seiner ordentlichen Steuer noch Zugaben erhält, wie Porto, Sporteln, Gebühren u. dergl., weil man es verümt hat, sie rechtzeitig zu bezahlen. Da jetzt die Zeit herangekommen ist, wo — vielleicht die letzte würrt. Einkommen- und Kapitalsteuer zur Zahlung verfallen ist, dürfte es nicht unangebracht sein, darauf hinzuweisen, daß jeder mit diesen Steuern noch im Rückstand Stehende ungekürzt seiner Zahlungspflicht nachkommen, oder aber, wenn ihm dies zurzeit unmöglich wäre, sich Stundung erwirken sollte, damit er von etwaigen Steuerzugaben verschont bleibt. Prüfe also jeder, ob er seiner Pflicht genügt hat, und tue dann die erforderlichen Schritte.

Ein Landwirt über die Erzeugerpreise von Lebensmitteln.

Dem Brief eines Landwirtes entnehmen wir die nachstehenden Ausführungen, die wohl geeignet sein können, eine Brücke des Verständnisses zwischen den Erzeugern und den Verbrauchern von Lebensmitteln zu schlagen. In dem Schreiben heißt es: Sie wissen daß man heutzutage eigentlich nicht mehr von Preis-

sen sprechen kann, wenigstens nicht mehr von zuverlässigen. Aber der Artikel, welcher heute schlecht bezahlt wird, geht in der Produktion zurück, das sehen Sie am Zuckerrübenbau. Und da helfen keine noch so ernsten und wahren Moralpredigten. Und beim Getreidebau ist es ebenso. Den einen zwingen die Verhältnisse, daß er das bauen und pflanzen muß, was am meisten einträgt, denn er kann sonst seinen stets wachsenden Ausgaben nicht mehr gerecht werden; ein anderer baut eben das rentabelste, weil er sich sagt: Jede andere Verursart macht es auch so. Und da ist doch der Getreidebau der am allererschlechtesten bezahlte Zweig der Landwirtschaft, und wer trägt dabei den größten Schaden? Die Versorgungsberechtigten. Deshalb kann jeder, der die Städteleute lieb hat, zur Regierung nur sagen: Werbet diesen schlechten Kurs der Getreidepreise! Und wenn's die Regierung nicht den Bauern zuliebt, dann soll sie's der armen Bevölkerung zu Lieb tun in den Städten, die sonst immer ärger hungern müssen.

Sie werden sehen, es geht der Regierung wie den Stuttgartern mit dem Milchpreis dieselben markteten immer am Milchvieh's bis nur noch ein kleiner Teil angeliefert wurde, und dann mußten sie schließlich doch höhere Preise bewilligen. Wenn einmal das Brotgetreide verhämmert, verschoben und zu weiß was verwertet ist, und es mit der Versorgung zu spät ist, dann helfen nicht einmal höhere Preise. Es ist für einen Bauern, der ordentlich sich verhalten will, schrecklich, wenn man zusehen muß wie wahnhaftig die Regierung wirtschaftet. Denn wäre es nicht geradezu Selbstmord von den Bauern, ihre Frucht zum 2/3fachen Friedenspreis abzuliefern und dagegen ihre (der Bauern) Bedürfnisse ums 6-, ja 10- oder 20-fache einzukaufen?

oe. Liebenzell, 23. Febr. (Vom Rathaus.) Das Verpflegungsgeld für die Farrenhaltung wird auf Grund eines Gesuchs der Farrenhalter des Bezirks für das laufende Jahr auf 900 M. pro Farren, zul. also 1800 M. erhöht, wovon Erntemühl etwa 1/3 treffen würde. Für notwendig wurde erachtet, daß auch in Zukunft 2 Farren gehalten werden. Gleichzeitig wurde das Pachtgeld für die dem Farrenhalter überlassenen Gemeinewiesen auf 420 M. erhöht. — Für Benützung des Lesesaals bei Bibelstunden hat die Ortskirchenpflege 25 M. zu bezahlen. Hierin eingeschlossen ist die Lichtentschädigung bei Übungen des Kirchenchors. — Hierauf berichtet der Vorsitzende über den Besuch der Kommission bei dem Minister des Kirchen- und Schulwesens und dem Minister der Finanzen in Sachen des Schulhausneubaus. Nach den Zusicherungen des Finanzministers soll mit dem Bau, zu dem sich der Staat verpflichtet habe, im Lauf des Jahres begonnen werden. In etwa 6 bis 8 Wochen sollen die Wertpläne fertig sein. Der Kostenüberschlag, der sich im Jahre 1914 auf 150 000 M. belief, mußte inzwischen auf 980 000 M. erhöht werden. Die Ablösungsverhandlungen gehen zurück ins Jahr 1912, wofür aus Anlaß der Schulprüfung wegen Ueberfüllung der Unterklasse die Errichtung einer 4. Schulstelle verlangt wurde. Die Gemeinde erklärte sich hierzu bereit, sofern der Staat, der hier die Baulast hat, ein Lokal zur Verfügung stellt. Da auch die vorhandenen Lokale äußerst ungenügend sind, so wurde ein Neubau geplant. Die Finanzverwaltung glaubte aber hiezu nicht verpflichtet zu sein und da der günstige Ausgang eines Prozesses für die Gemeinde nicht unzweifelhaft feststand, trat man zwecks Ablösung in Verhandlungen. Der Gemeinde wurde vom Staat eine Summe von 25 000 M., sowie das alte Schulhaus unentgeltlich angeboten. Hierauf konnte die Gemeinde natürlich nicht eingehen. Nach langen Verhandlungen kam dann endlich ein Vertrag zustande, wonach der Staat ein massives Schulgebäude mit 5 Schulräumen, Turnsaal usw., einer Lehrerwohnung als Einfamilienhaus erstellt, welche nach Vollendung, nachdem der Schulverband Liebenzell-Erntemühl aufgelöst und Erntemühl für seine Rechte abgefunden wurde, in das Eigentum und die Unterhaltungspflicht der Stadtgemeinde übergehen. Außerdem tritt der Staat das alte Schulhaus zum Preis von 9000 M. an die Gemeinde ab. Der Neubau kommt an die Hindenburgstraße mit Front gegen das Nagoldtal zu stehen, wofür ein etwa 40 Ar großer Bauplatz vom Staat erworben wurde.

Für die Schriftl. verantw.: J. Bertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Hlischlager'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Der Zucker für Februar-März kann gekauft werden.

Amtsgericht Calw.
Im Handelsregister für Gesellschaften wurde heute neu eingetragen: Wegel & Göller in Hirsau, Offene Handelsgesellschaft, seit 16. Februar 1920; Geschäftsführer: Richard Wegel, Fabrikant in Hirsau, Carl Göller, Fabrikant in Zinsweiler, Elßig; Zweck: Betrieb einer Strickwarenfabrik.
Den 19. Februar 1920.
Amtsrichter: Wotteleer.

Wirts-Berein Calw.
Bei der gestrigen Generalversammlung wurde ein **steifer Hut verwechselt.** Derselbe kann umgetauscht werden im Gasthof zum „Bad. Hof“, Calw.

Beschälplatte Weilderstadt.
Auf der hiesigen Platte decken vom 1. März bis 15. Juni d. J. die Landbeschäler
1. Zuli, Braun, von Eli aus der Juno,
2. Iffland, Rappe, von Landon a. d. Sphigenie.
Das Beschälgeld beträgt 70 Mark, welche vor dem ersten Decken der Stute zu bezahlen sind. Für den Beschälstein ist eine Gebühr von 40 Pfg. zu entrichten.
Probieren wird pünktlich zu den nachstehenden Stunden: im März morgens 7 Uhr, im April, Mai und Juni morgens 6 Uhr, in allen 4 Monaten je mittags 11 Uhr und abends 5 Uhr.
Nach dem Probieren darf kein Pferd mehr angenommen werden.
An Sonn- und Festtagen wird nicht beschäl.
Weilderstadt, den 23. Februar 1920.
Beschälauufsichtsamt.

Das „Calwer Tagblatt“ kann jederzeit bestellt werden!

Marder bis 1000 M. Maulwurf 20 M. (reinclern)
Winterfeldhasen 15 Mk.
Alle andern Felle auch allerhöchste Tagespreise.
Weißgerben von Fellen.
E. Maischofer, moderne Tieraustopferei, Piorzheim, Lindenstr. 152. Telefon 150.

Stoff f. Anzug od. Kostüm geeignet zu verkaufen
Burkhardt, Ronneg. 139

Stadtgemeinde Weilderstadt. Stangen-Verkauf.
Am Freitag, den 27. Februar ds. Js., vormittags 10 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf aus dem Stadtwald auf Markung Weilderstadt V. 2. Bord. Kaprain, 5 Heide
Baustangen: Kl. Ib. 11 Stück, II. 18 Stück, III. 9 Stück;
Hagstangen: Kl. II. 22 Stück, III. 29 Stück;
Hopfenstangen: Kl. I. 187 Stück, II. 86 Stück, IV. 118 Stück, V. 99 Stück;
Rebstecken: Kl. I. 20 Stück;
auf Markung Möttingen XII. 4. Schlittenweg, 5. Klein. Hagenich, 8. Windplatte und 9. Mahden
Baustangen: Kl. I a. 75 Stück, I b. 72 Stück;
Hagstangen: Kl. I. 121 Stück, II. 282 Stück, III. 116 Stück;
Hopfenstangen: I. 1539 Stück, II. 571 Stück, III. 10 Stück, IV. 828 Stück;
Rebstecken: I. 457 Stück, II. 45 Stück.
Weilderstadt, den 20. Februar 1920.
Stadtschultheißenamt: Schüb.

Gute Herrenanzüge u. Stoffe werden selten und teuer. Durch günstigen Einkauf empfehle solange Vorrat

gute Herren- u. Knaben-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Arbeitskleider, ^{Engl.} Lederhosen fertig und meterweise u. s. w.

Fr. Klais, Nagold.

Unterhaugstett, den 23. Februar 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Gatten und Vaters

Jacob Seifried,

für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe, den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern, den Herren Ehrenträgern sowie für die vielen Kranzspenden und für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Katharina Seifried mit ihren vier Kindern.

Dort in jenen lichten Höhen Hoffen wir ein Wiedersehen.

Betten-, Möbel- und Handwerkszeugverkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Freitag, den 27. Februar, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr ab, im Schreiner Müller'schen Hause, hinter der Wirtschaft zum „Lamm“ gegen Barzahlung:

1 vollständiges Bett, 2 Bettladen mit Strohfäcke und Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Klapptische, 1 Waschmaschine, 1 Bank, Stühle u. Schemel, Backmulde, 1 Gaslampe, Korb- und andere Flaschen, Kinderwagen, etwas Kinderweitzzeug, Spiegel und Bilder, 1 Bodenläufer, etwas Schreinerhandwerkzeug, sowie sonstigen Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinv. Kolb.

Donnerstag, den 26. Februar, vormittags 8 Uhr stehen in unserer Stallung im „Löwen“

in Calw

ein größ. Transport erstklassig.

Zug-Pferde schweren und leichten Schlags zu Kauf und Tausch, wozu wir Liebhaber freundlichst einladen

Rubin und Max Löwengart.

Unsere Geschäftsstelle ist bereit **Gaben** für die Grenzspende in Empfang zu nehmen und weiterzuleiten.

Calw.

Geschäfts-Gründung.

Ich habe in meinem Hause ein

Manufakturwaren-Geschäft

eröffnet und empfehle mein reichhaltiges Lager in Stoffen aller Art.

Friedrich Deyle,

Bahnhoisstraße.

ABDA

Allg. Beleih- u. Privat-Darlehen-Anstalt
Sammstr. Lahr in Baden Ecke Kaiserstr. 80.
Geschäftstätigkeit:

Vorschussfreie Gewährung von Darlehen zu produktiven Zwecken gegen bequeme Ratenrückzahlung an Personen jeden Standes. — Klein-Finanzierungen wirtschaftlich gefunder Geschäfte. — Kurze Kredite für einwandfrei Warentransaktionen. — Viele beglaubigte Dankschreiben beweisen die rasche, verschwiegene und für die Kunden angenehme Geschäftsabwicklung. Gekürzte Beleafschrift: ABDA Lahr in Baden.

Bondorf im Gäu.



Deck = Anzeige.

Der Pferdezuchtverein für Rastblut „Oberes Gäu“, Sitz in Bondorf, hat bei Christian Bruckner, Landwirt in Bondorf,

zwei angehörte

belgische Zuchthengste aufgestellt.

Rapphengst mit Stern,

Dunkelfuchs mit Blasse und weißer Mähne.

Die Hengste stehen auch Nachmittags zur Verfügung.

Vorstand: Wilhelm Hiller.

3 gegerbte Fuchs-Felle zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Sirka 25 Ztr.

Heu

zu verkaufen gegen Höchstangebot.

Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Tropfpresse

auch reparaturbedürftig, sowie Lokomobile und Dreschmaschinen gegen Kassa

Dr. Stieber
Amberg Dbrf.

Gebrauchter Staheldraht wird zu kaufen gesucht.
Näheres Lederstraße 90.

1 großer Gasherd

auch mit Kohlenheizung, weiß emalt. wird verkauft.
Hirfau, Haus Grünzig.

Einen leichteren

Leiterwagen

zu kaufen gesucht.
Otto Schlatterer,
Messgerei, Calw.

Zu kaufen gesucht ein älteres Piano od. Tafelklavier,

wenn auch reparaturbedürftig. Angebote unter C. W. 42 an die Geschäftsstelle d. Bl.

In welcher Gemeinde kann Maulwurf-

fang betrieben werden?

Angebote an die Geschäftsstelle des Blattes.



Weber's Hausbacköfen Koch- u. Backherde Fleischränder und Övrraparate sind die besten und bewährtesten. Ueber 80 000 St. im Gebrauch. Anton Weber, Ettlingen (Baden).

Kaufe etwa 20 Ztr. Unger sen zum höchsten Tagespreis. E. Nafz, zum Bad. Hof, Calw.

Zu verkaufen: 2 Kastanien-Stämme (ca 1 Fektmeter) **2 Buchen-Stämme** (ca. 3 Fektmeter).

Versteigerungstag Freitag, den 27. Febr., nachmittags 2 Uhr.

Gmünder Hakenfabrik „Original“, Hirfau.

Guterhaltenes Fahrrad mit Gummiereifung zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

2 große, gut erhaltene Boden-Teppiche hat im Auftrag zu verkaufen Adolf Junginger, Tapeziermeister.

„Nissin“ gegen Kopfläuse Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke!

Hermann Giesecke

Gertrud Giesecke

geb. Schnauffer

Vermählte

Calw
24. 2. 20.

Stuttgart
Rotebühlstr. 1 b.

Mühlacker Salzziegel

sowie

Schwemmsteine 14/16/25

sind eingetroffen

u. werden gegen Zuweisungsschein der Bezirksbauhofstelle abgegeben.

Hugo Rau, Calw.

R. Hauber empfiehlt:

Baumwachs, haltflüssig, Raffinabst la. Obstbaumcarbolium.

Schufett, Schuhereme in schwarz, braun, gelb und weiß.

Barkett- und Linoleumwische, Bodenöl, Stahlspäne, Putzlücher.

Echte Remy Neustrahlen- u. Hoffmanns Wunderglanzstärke, Kaiser-Vorag, Waschlau.

Maschinen- und Motorenöl, Treibriemenwachs, gelb Konfist. Maschinenfett.

Seifenpulver, Wasch- und Toilettenseifen, Schwämme in großer Auswahl.

Jüngerer, ehrlicher Bursche

findet in der Druckerei ds. Bl. dauernde Beschäftigung.

Gesucht auf 15. März, jüngeres, williges

Mädchen

in guten, kleinen Haushalt. Frau Stadtpfleger Henne, Dönnigheim.

Jüngeres

Mädchen

von 16-18 Jahren für Landwirtschaft gesucht. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Für sofort gesucht ein tüchtiger Langholz-Fuhrmann

guter Pferdepfleger, bei hoher Bezahlung. Sägewerk, Erlensmaier Darmshelm, Telefon 3.

Strickmaschinen 8-12er Teilung zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe von Breite und Preis an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Fleißiges, williges

Mädchen

gesucht, das etwas Kenntnis im Kochen besitzt. Frau Müller, Stuttgart, Azenbergstr. 57.

Fleißige

Frau oder Mädchen

f. Vormittagsarbeit u. einige Abendstunden bei gutem Lohn sofort gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein ordentlicher

Junge,

welcher Lust hat die Kellerei zu erlernen, findet gute Lehrstelle bei gründlicher Ausbildung und guter Behandlung. Karl Hajner, Pforzheim, Ecke Wehr- u. Brühlstraße, Telefon 2682.

Suche für sofort oder Ditem

2 Kunstgießer-Lehrlinge

bei günstigen Bedingungen und tüchtiger Ausbildung. Kunst- und Feingießerei Carl Zachmann, Pforzheim, Turnstraße 6.